fürchten, deutsche Gegenmaßnahmen ganz sicher nicht. Berlin nahm alles geduldig hin und wird es auch ferner tun. Man wird den Handelsvertrag unterzeichnen, zu dessen Abschluß man in der Wilhelmstraße am liebsten nicht einmal Vertreter der Provinz Ostpreußen zugezogen hätte, man wird auch, mag die deutsche Presse im Memelgebiet noch so sehr gehetzt werden, die litauischen Wütter in Ostpreußen ungeschoren lassen, den Begriff von Vergeltungsmaßnahmen kennt man im Verkehr mit Litauen nicht. Diese Politik ist nicht nur um der Memeldeutschen willen verderblich, sie ist gefährlich weil sie auch das erstrebte gute Verhältnis zu Litauen gefährdet, wenn nicht unmöglich macht. Die soll man in Kowno Achtung haben — und Achtung muß ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis doch wohl mit aufgebaut sein — vor einer Regierung, die ihre eigenen Volksgenossen in einem Gebiet, das 700 Jahre zu Preußen-Deutschland gehörte, preisgibt. Und über liegt die Schuld nicht allein in der Wilhelmstraße, wahrscheinlich noch mehr: „Wie soll man die Kirche loben, kommt das Vergessen doch von oben". Sei es nun, daß der deutsche Vertreter in Memel den Ländern der Wilhelmstraße folgt, sei es, daß er selbst die Berliner Stellen so mißverstehen, jedenfalls ist es neuerdings in Zuschriften aus dem Memelgebiet immer wieder Klagen darüber zu hören, daß die deutsche Vertretung in Memel selbst sich nicht mit dem wünschenswerten Nachdruck der Deutschen annimmt, daß sie nicht einmal das nötige Verständnis für den nationalen Abwehrstreik, der von den gesamten Bürgerschaft geschlossen durchgeführt wurde, aufzubringen vermochte. Ein äußerst unerfreuliches Kapitel im Buche Deutsche Diplomatie. Ein Wechsel hier wäre die erste Voraussetzung, wenn man wünscht, daß es den Deutschen im Memelland nicht noch schlechter gehen soll, als den Deutschen in Posen und Westpreußen.

Herr Petiani, der letzte französische Oberkommissar, äußerte noch den Litauereinmarsch zu dem früheren deutschen Vertreter: „Das erste Spiel haben die Deutschen gewonnen." Das Wort konnte bei einer geschickten deutschen Politik mehr werden, bei einer Politik, die es verstehe, in Kowno die Ueberzeugung zu wecken, daß nur ein blühendes Memelland — und in Mütte vermag es nur das Deutschtum zu helfen, nicht die kulturell tiefer stehenden Litauer — Litauen zum Vorteil gereicht. Dann könnte man auch unbekümmert der zweiten Partie entgegensehen, die Herr Petiani Frankreich zuspracht. Heute sind wir auf dem besten Wege, beide zu verlieren. **W. A.**

Poincaré als Erzieher.

EP Paris, 23. April.

Poincaré hielt heute morgen bei der Eröffnung des Generalrates des Meusedepartements, dessen Präsident er ist, eine längere Rede, die sich hauptsächlich mit der Innenpolitik beschäftigte. Er wollte damit anscheinend dem Vorwurf begegnen, daß er keine Innenpolitik treibe. Seine Ausführungen gemahnen angesichts der bereits ihre Schatten werfenden Wahlkampagne für 1924 eine besondere innenpolitische Bedeutung hinsichtlich eines Ausgangspunktes zu einer neuen politischen Gruppierung.

Poincaré bekannte sich zunächst zu einer Reihe von Gemeinsamen, die er aber zahlreichen Einschränkungen unterwirft. Er ist für die Trennung von Staat und Kirche, fordert aber gleichzeitig Kulturfreiheit und will die moralische Einheit der Franzosen aufrechterhalten. Der Abgrund zwischen den Kommunisten und dem Bürgertum sei unüberbrückbar.

Hinsichtlich der Außenpolitik erklärte der Ministerpräsident, daß er die Bündnisse aufrechterhalten wolle, im Geiste beständiger Gleichheit. Deutschland solle zum Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit und Beachtung seiner Verpflichtungen gebracht werden. Es soll von Deutschland ohne irgendwelche Vermittlung die vollständige Wiedergutmachung der begangenen Kriegsschäden verlangt werden. Es soll eine dauernde Garantie gegen neue Invasionen verlangt werden. Dieses Werk werde er fortsetzen, solange er das Vertrauen der Kammer und des Landes genieße.

Die inneren Schwierigkeiten Polens.

Mtd Warschau, 23. April.

Die Kabinettskrise in Polen scheint jetzt unvermeidlich zu sein. Augenblicklich ist an eine Umbildung des Kabinetts entgegen anderen Meldungen noch nicht zu denken, da der Staatschef Vertretern der Volkspartei erklärt hat, er werde die Demission des Kabinetts erst nach dem Besuch Marschalls Foch, also Mitte Mai, annehmen.

Kardinal v. Faulhaber in New-York.

New-York, 23. April.

Der Bürgermeister von New-York, Hylan, empfing den Kardinal Dr. von Faulhaber, der ihm den Dank für das ihm seit seiner Ankunft erwiesene freundliche Entgegenkommen aussprach und seiner Wertschätzung des amerikanischen Edelmuts Ausdruck verlieh. Bürgermeister Hylan erwiderte, daß die Deutschamerikaner seine besten Bürger seien und daß er in seiner Eigenschaft als Bürgermeister sich ihrer schützenswerten Mitarbeit erfreue.

Die Pommerellenreise des polnischen Staatspräsidenten.

TU Warschau, 23. April.

Heute tritt der Staatspräsident Wojciechowski seine Reise nach Pommerellen an. Er beabsichtigt folgende Städte Pommerellens zu besuchen: Thorn, Bialowiez, Dirschau, Stargard, Karthaus, Putzig, Gidingen und Weiherobo. In Gidingen wird ein Bankett stattfinden, an dem auch der Ministerpräsident Sikorski teilnehmen wird.

Riesenbrand in Nikolajew.

Im Getreideelevator in Nikolajew sind 400000 Pud für den Export bestimmten Getreides durch ein Riesenfeuer vernichtet worden. Sowjetamtlich wird der Brand auf gegenrevolutionäre Anschläge zurückgeführt.

Kleine Nachrichten.

Am Montag ist in Bern Professor Eugen Huber, der Urheber des schweizerischen Zivilgesetzbuches, gestorben.

*

„La Accion" gibt einen Bericht über die weitere intensive Arbeit der deutschen Wissenschaft. Das deutsche Volk, dessen äußerst schwierige Lage jedem bekannt sei, rufe durch sein Verhalten den Eindruck von Charakterstärke hervor.

*

Wie polnische Blätter melden, ist der Präsident des Hauptliquidationsamtes zu Beratungen mit dem Liquidationskomitee nach Posen gefahren. Diese Reise soll im Zusammenhang stehen mit neuen Dispositionen, die in der Sache der Enteignung deutscher Güter in Polen getroffen werden.

*

Das Moskauer Finanzkommissariat hat mit der Prägung von Silbermünzen begonnen, und zwar von vollwertigen zu 1 Rubel und zu 50 Kopeken sowie von Scheidemünzen im Werte von 20, 15 und 10 Kopeken.

Erregte Saardebatte in Genf.

Der nervöse Herr Rault. — Die Notverordnung bleibt bestehen.

Genf, 23. April.

Der Völkerbundrat beriet heute in vierstündiger geheimer Sitzung über die zur Verhandlung stehenden Saarfragen. Der größte Teil der Beratungen galt der von der Regierungskommission des Saargebietes erlassenen Notverordnung. Branting, der gestern abend hier eintraf, übte nachträglich Kritik an der Verordnung, deren Ausnahmecharakter er betonte, und forderte die Regierungskommission auf, für eine schnelle Beilegung des Bergarbeiterstreiks und für eine Aufhebung der Notverordnung Sorge zu tragen.

Der französische Präsident der Regierungskommission, Rault, verteidigte in sehr heftigen Wendungen und in stark gereiztem und herausforderndem Tone die Verordnung. Er entwarf ein düsteres und stark übertriebenes Bild der gefährlichen politischen Spannung im Saargebiet und wiederholte die aus der Presse bekannten Behauptungen über eine Frankreich und Belgien feindliche Agitation der saarländischen Zeitungen, das Treiben der Geheimorganisationen usw. Sein Hauptargument war, daß angesichts des Bergarbeiterstreiks und der allgemeinen unsicheren Lage nur die Notverordnung den Schutz der Betriebe ermögliche. Aufgabe des Völkerbundes und der Regierungskommission sei es, Frankreich für seine Reparationsforderungen den Besitz und Ertrag der Bergwerke zu sichern. Er lehnte jede Verantwortung für die noch seiner Ansicht furchtbaren Gefahren (!) ab, die eine Aufhebung der Verordnung nach sich ziehen müßten, und ging soweit,

nach weitere Maßnahmen anzukündigen.

Das französische Ratsmitglied Hanotaux unterstützte in längerer Polemik die Ausführungen Raults, worauf Branting nochmals baldige Beilegung des Streiks und nach seiner Beendigung Aufhebung der Notverordnung forderte. Der Ratspräsident Wood-England erklärte die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Bergwerksbetriebes an, bezweifelte aber, daß die Notverordnung zweckmäßig sei. Er machte die Regierungskommission auf die Beschränkungen aufmerksam, die bei verschiedenen Ratsmitgliedern durch die Notverordnung hervorgerufen worden seien, und sprach die Hoffnung aus, daß die Notverordnung zurückgezogen werde, sobald der Streik beendet sei.

Rault erklärte, daß er keine Verpflichtungen eingehen könne, sie bei Beendigung des Streiks zurückzuziehen, sondern daß das erst möglich sei, wenn alle die besonderen Umstände, (?) die die Notverordnung notwendig gemacht hätten, überwunden wären.

Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Notverordnung bleibt damit vorläufig weiterbestehen. Immerhin zeigte die Sitzung, daß, so entschieden auch diesmal wieder der französische Einfluß im Rat war, eine Debatte über die Beschwerden der Bevölkerung nicht mehr ganz unterdrückt werden konnte.

*

Die zweite wichtige auf der Tagesordnung stehende Frage war die Ernennung eines saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission an Stelle des unter den bekannten dramatischen Umständen ausgeschiedenen Dr. Hector, dessen Amt gegenwärtig durch den von Hector selbst ernannten früheren Lotterieeinnehmer Lund verwaltet wird. Die Vertretung der saarländischen Bevölkerung, die seit Jahren einen zähen Kampf gegen Hector führt, hatte von neuem den Rat ersucht, diesmal für den einzigen saarländischen Posten einen Vertrauensmann der Bevölkerung zu ernennen. Der Rat ging auf diesen Wunsch nicht ein und ernannte an Stelle eines Vertrauensmannes der Bevölkerung den Vertrauensmann des Herrn Hector, d. h. den von der Bevölkerung ebenfalls abgelehnten Herrn Lund zum regelmäßigen Mitglied der Regierungskommission bis zum 13. 2. 24., d. h. bis zum Ablauf der Amtsdauer aller Kommissionsmitglieder. Begreiflicherweise enthielten sich aber bei dieser unbegreiflichen Ernennung das englische und das schwedische Ratsmitglied der Stimme.

Alle anderen saarländischen Fragen wurden durch glatte Annahme der von dem chinesischen Ratsmitglied vorgelegten Berichte und Resolutionen erledigt.

*

EP Genf, 23. April.

Der Völkerbundrat hat in der geheimen Sitzung zur Frage der Notverordnung der Regierungskommission des Saargebiets beschlossen, daß die Regierungskommission diese Verordnung nach Beendigung des Bergarbeiterstreiks, die für die nächste Zeit zu erwarten ist, aufheben soll. Ferner hat der Rat mit acht Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen (Großbritannien und Schweden) beschlossen, den von den früheren Mitgliedern der Regierungskommission zum Vertreter des Herrn Hektor ernannten Herrn Lund in dem Komitee als Mitglied der Regierungskommission zum Februar 1924 zu bestätigen.

Neue Zechenbesetzungen.

Mtd Bochum, 23. April.

Gestern wurde die Zeche Lothringen der Gewerkschaft gleichen Namens bei Gerthe besetzt.

Die Belegschaft der Zeche Viktorie in Mengede trat wegen Beschlagnahme der Kohlen- und Koksfänger in einen Proststreik.

Die Zeche Prosper II wurde gestern von den Franzosen besetzt. Vier Familien, die in der Kantine der Zeche untergebracht waren, mußten diesen Raum innerhalb weniger Stunden verlassen.

Mtd Dortmund, 23. April.

Außer den heute morgen als besetzt gemeldeten Zechen ist auch noch die Zeche Dahlhauser Tiefbau bei Hattingen von den Franzosen gestern besetzt worden.

Ludwigshafen, 23. April.

Am 20. April wurde auf dem Kohlenumschlagplatze der rheinischen Kohlen- und Brikettwerke am Kaiserwörthhafen in Ludwigshafen durch die Franzosen ohne Verständigung und ohne Zustimmung der Firma ein dieser gehöriger Dampfkran abmontiert.

D-Zug Essen—Paris verunglückt.

Köln, 23. April.

Am 20. April gegen 9 Uhr nachmittags ist der D-Zug Essen—Paris auf einen vor dem Bahnhof Düren haltenden Kohlenzug, welcher kein Signal führte, aufgefahren. Es sollen mehrere Wagen zertrümmert und eine Anzahl Personen gerüttet worden sein. Der Bahnhof wurde sogleich abgeblendet und die Unfallstelle im größeren Umkreis abgesperrt.

Am 21. April stieß ein aus der Richtung Düren kommender D-Zug bei der Einfahrt in den Bahnhof Frankfurt auf einen Leerzug. Die Trümmer sind erheblich. Angeblich sind vier Tote zu verzeichnen.

*

Auf dem Verschiebebahnhof zwischen Essen Hauptbahnhof und Kray-Nord stießen zwei französische Züge zusammen. Die Strecke ist gesperrt. Der Materialschaden scheint erheblich zu sein.

Diebstahl von Eisenbahnwagen.

Köln, 23. April.

Am 21. April besetzte eine französische Abteilung von 5 Mann das Gockelwerk in Beuren am Rhein, welches für Rechnung des Reiches Reichsbahn- und französische Bahn-Werke in Stand setzt. Nach Weigerung der Belegschaft, die Arbeit fortzusetzen, holten die Franzosen etwa 45 deutsche Reparatur- und französische Beutewagen aus dem Werk und brachten sie nach dem Bahnhof in Beuren. Da die Werkeingänge militärisch besetzt sind, ruht der Betrieb im Werk.

Im französisch- und belgisch-besetzten Teil des Kölner Bezirks sind neue Verhaftungen und Ausweisungen erfolgt.

Köln, 23. April.

Die in Nebenlagern des Bahnhofs Troisdorf lagernden Oelvorräte sind von den Franzosen weggeschleppt worden.

Rb Bochum, 23. April.

Auf dem Verschiebebahnhof Osterfeld, der von französischen Truppen besetzt ist, stehen hunderte von Wagen mit wertvollen Gütern. Diese Wagen wurden seit Wochen planmäßig von Leuten aus der Kolonie Tondern in Osterfeld beraubt und zwar unter dem Schutz der französischen Soldaten, die teilweise sogar bei den Diebstählen behilflich waren.

Raubzüge auf Pakete und Zeitungen.

Berlin, 23. April.

In Hattingen (Ruhr) wurde ein Telegraphenoberaufseher mit etwa 30 Telegraphenarbeitern angeblich wegen Sabotage verhaftet.

Die belgische Zensur in Duisburg „beschlagnahmte" wiederum eine ganze Wagenladung Zeitungen, die zu einem Althändler polnischer Abstammung geschafft wurden.

In Langenberg (Rheinland) hat die Besatzung die ankommende Post zur Zollstelle Merenhof bringen lassen und dort aus Pakete mit Lebensmitteln zurückbehalten, obgleich sie nach ausdrücklicher Erklärung der Franzosen der Wegnahme nicht unterliegen sollen. Ferner haben in der Nähe des Bahnhofs Essen französische Soldaten am 19. März aus einem Postwagen Pakete geraubt. Bei der Verhandlung über die Freigabe des Wagens wurde festgestellt, daß sich noch ein zweiter Wagen mit Paketen für Essen auf dem Bahnhofe befand. Dem Verlangen, diesen Wagen herauszugeben, haben die Franzosen nicht stattgegeben; erst am 6. April teilten sie mit, daß beide Wagen irgendwohin nach Düsseldorf abbefördert worden seien.

Berlin, 23. April.

Nach folgenden Orten sind Pakete jeder Art aus dem unbesetzten Deutschland wieder zugelassen: Blankenstein (Ruhr), Bommerholz, Bommer, Bredenscheid, Dannerwiesl (Kr. Hattingen), Hattingen (Ruhr), Herbede (Ruhr), Sprockhövel Kr. Schwelm), Volmarstein, Welper (Kr. Hattingen), Wengern (Kr. Hagen).

Das Säbelregiment.

Mtd Köln, 23. April.

In Euskirchen sind auf Grund der Ordonnanz Nr. 164 sämtliche nach dem 15. Januar eingerichteten Automobillinien verboten worden. Der Befehl ist vom französischen Kreisdelegierten dem Landratsamt zur Weiter- und Bekanntgabe übermittelt worden.

Mtd Eschweiler, 23. April.

In Call in der Eifel wurde ein französischer schwarzer Soldat in einem Wäldchen erstochen aufgefunden. Der Abschnittskommandeur von Eschweiler verhängte den Belagerungszustand. Der Bürgermeister erhielt den Befehl, das Wäldchen bis Montag mittag abzuholzen. Die Eisenbahnverwaltung hat gegen diese Maßnahme protestiert.

ecs Berlin, 23. April.

Der Termin für die Verhandlungen gegen die verhafteten Direktoren der Firma Krupp findet am 2. Mai statt.

Offenburg, 23. April.

Staatsanwalt Burger, der bergeitige Leiter der Staatsanwaltschaft hat dem für Sonntag erhaltenen Ausweisungsbefehl keine Folge geleistet und ist deshalb heute früh von den Franzosen verhaftet und mit dem Auto fortgeschafft worden. Er wurde zwischen Ortenberg und Offenbach ausgesetzt.

Die Opfer des Mülheimer Aufstandes.

Köln, 23. April.

Wie die „Kölnische Zeitung" aus zuverlässiger Quelle in Mülheim erfährt, sind bei den Unruhen in Mülheim acht Aufrührer getötet und 28 verletzt worden. Etwa 45 Personen wurden verhaftet, gegen die das Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs eingeleitet werden wird.

Die verhundertfachte Bierstener.

Aus Interessentenkreisen wird uns geschrieben: Eine der allerschärfsten Steuern war bisher schon die Bierstener. Und sie soll es nach dem Entwurf der Reichsbiersteuer, die gestern in erster Lesung beraten und beschließlich, nachdem sie den Reichsrat und den Reichswirtschaftsrat bereits durchlaufen hat, und nach der im Landessteuergesetz vorgesehenen Neuregelung der Gemeindebiersteuer erst recht werden. Der Beschluß der vorliegenden Beschlüssen zufolge die Reichsbiersteuer verhundertfacht wird (3000 Mk. je Hektoliter) und nach § 13 des Entwurfs zur Abänderung des Landessteuergesetzes die Gemeinden eine Biersteuer bis zu 5 Prozent vom Kleinhandelspreis erheben können, so beträgt bei dem derzeitigen Bierpreis ab Brauerei von 60 000 Mk. die steuerliche Gesamtlast mehr als 20 Prozent, während in der Vorkriegszeit die Reichsbiersteuer einschließlich der Gemeindebiersteuer nur 13,6 Prozent, gemessen am Brauereipreis, betrug. Reichs- und Gemeindebiersteuer würden bei Bier mit 10 500 bis 12 500 Mk. je Hektoliter belasten. Angesichts des katastrophalen Rückgangs der Biererzeugung bedeutet eine derartig schwere Belastung für das deutsche Braugewerbe, das durch die bis auf den heutigen Tag weitergeführte Zwangswirtschaft in seinen Entwicklungsmöglichkeiten aufs äußerste beschränkt ist, die Gefahr des völligen Zusammenbruches, da statt einer Herabsetzung des Bierpreises, die von allen Interessenten angestrebt werden muß, eine Preiserhöhung und weitere Produktionseinschränkung die unausbleiblichen Folgen wären. Vom Reichstag, bei dem die letzte Entscheidung liegt, muß erwartet werden, daß er das ausschließende allgemeine öffentliche Interesse, das bei der Höhe der Biersteuer mitspricht, nach seiner vollen Bedeutung würdigt. Das Bier hat gegenüber dem Sonnaps eine hohe Kulturaufgabe zu erfüllen; es ist das einzige Mittel, mit dem gegen den immer mehr um sich greifenden Schnapsgenuß, die schlimmste Gefährdung der Volksgesundheit und der Intelligenz, wirksam angekämpft werden kann.

Interpellationsdebatte im Landtag.

Der Landtag setzte gestern die allgemeine Aussprache über den Haushalt des Ministeriums des Innern fort.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.) hält eine große Koalition von rechts für begreiflicherweise, die werde aber von den Deutschnationalen unmöglich gemacht. Gerade der Herr Severing einer der temperamentvollsten Parteiredner. Der nationale Gedanke müsse in die rechten Bahnen geleitet werden. Verbote seien hier nicht am Platze.

Abg. Rabold (Soz.) erklärt den Willen seiner Partei, im Widerstand an der Ruhr weiter durchzuhalten. Alle Verhandlungsmöglichkeiten müßten wahrgenommen werden. Das Verbot der Freiheitspartei sei vollkommen berechtigt gewesen. Wenn man Herrn Severing vorwerfe, er rutsche vor der Entente mit dem Bauche, so diene das gewiß nicht der Stählung des Abwehrwillens. Der Redner warnt davor, die Dinge auf die Spitze zu treiben und die Arbeiterschaft vielleicht zum Generalstreik zu zwingen. Mit den Selbstschutzorganisationen würden auch die Abwehrhundertschaften verschwinden. Nur mit den Arbeitern lasse sich heute regieren.

Abg. Stieler (Zentr.) erklärt, daß die Bevölkerung an Ruhr und Rhein ihr Vaterland viel zu lieb habe, als daß sie sich durch Reden wie die des Abgeordneten Herr Schlange in der Einheitsfront stören ließe. Der Redner fragt, ob die Welt weiterhin zusehen wolle, wie man uns wie eine Horde Sklaven behandle und mißhandle. Die Ruhrbevölkerung wolle nichts als Arbeit, Freiheit und Brot. Jede Möglichkeit zur Verhandlung müsse ausgenützt und ein Angebot, wenn es zweckmäßig erscheine, gemacht werden. Jede Verletzung der Souveränität Deutschlands sei abzulehnen. Die Sicherheit Frankreichs müsse ebenso wie die Deutschlands gewährleistet werden. Wenn Frankreich darauf nicht eingehe, dann sei es klar, daß es nur politische Ziele verfolge. Dann werde sich der Widerstand noch verstärken. Es werde das Kernstück der europäischen Wirtschaft wohl zerstören, aber nicht erobern können. Zum Schluß spricht der Redner allen diesjenigen der Polizeiverwaltung Dank und Anerkennung aus und erklärt, der preußische Staat könne stolz auf seine Polizei sein. Gegenüber ihrem heldenhaften Verhalten im Ruhrgebiet müsse jede Kritik verstummen.

Abg. Baecker (Dntl. Vp.) dankt den Männern und Frauen an der Ruhr für ihre heldenhafte Abwehr und bedauert die Notwendigkeit, alles fernzuhalten, was der Sammlung der Volkskräfte widerstreit. Der preußische Innenminister tue das nicht. Das deutschnationale Mißtrauensvotum werde als Störung der Einheitsfront bezeichnet. Die Deutschnationale Partei habe im Januar die Hand zu einer wirklichen Einheitsfront gebaten. Sie sei in sämtlicher und unzweideutiger Weise zurückgewiesen worden. (Gr. Lärm links.) Gegenüber dem Abgeordneten von Kardorff erklärt der Redner, daß die Rede des Abg. Schlange nach Inhalt und Form auf dem einmütigen Beschluß der deutschnationalen Fraktion gehalten worden ist. Der Redner weist dann auf die Bildung sozialistischer Selbstschutzorganisationen in Magdeburg hin und fragt, wie sich die stillschweigende Duldung mit der Erklärung des Ministers, Selbstschutzorganisationen jeglicher Art zu unterdrücken, vertrage. Was der Minister über Herrn Müller-Lebe gesagt habe, sei bloße Spitzelschwindelei. Hier sei es Pflicht, Mißtrauen zu üben. Das sei keine Störung der Einheitsfront, da man es nur mit der Fassade einer solchen zu tun habe, hinter der die Mauerbrecher stehen, die sie zerstören. (Stürm. andauernde Unterbrechungen links.) Die Deutschnationale Partei wolle eine einheitliche Politik in Reich und Staat und werde sich der Politik des Ministers Severing mit allen Kräften entgegenstemmen. (Beifall rechts, Zischen links.)

Minister des Innern Severing

erklärte sein Einverständnis mit dem Vorredner, daß Preußen eine Politik, konform mit der im Reiche, treiben muß, verwahrt sich aber dagegen, daß er Arbeiten störe, die im Interesse des Landes und des Reiches getan werden. Er führe die Arbeiten derjenigen, die die Führung beiseite schieben und sich an die Spitze stellen wollen. Den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit müsse er jetzt auch auf den Abgeordneten Baecker ausdehnen. Herr Oberleutnant Müller sei wirklich nicht so harmlos gewesen. Deshalb seien Polizeibeamte an ihn herangetreten. Herr Müller sagte zu den Eingestellten, sie brauchten ihre Arbeit nicht lange auszuführen und würden in 14 Tagen ihrer eigentlichen Aufgabe zugeführt. Auf Anfrage habe Müller erklärt, Maschinengewehre könne er brauchen, auch Wohnentlagen; das Vorhandene genüge nicht für den Ernstfall. Die Kommunisten hätten sich zunächst in die Abwehrfront gestellt, wenn sie später die Front störten, so seien sie von der Arbeiterschaft zur Ordnung gerufen. Die Bewegung der Bergarbeiter sei in allen Regimen lediglich nach politischen Gesichtspunkten erfolgt. Das müsse erst ausgeschlossen werden. Alle Volkskreise müßten eintreten in die Mitverantwortlichkeit für den Staat. Gegenüber dem Abgeordneten Baecker stellt der Minister fest, daß er von den beabsichtigten Schritten seines Ministeriums immer Mitteilung gemacht habe. Auch mit dem Reichskabinett habe er konform gehandelt. Er habe mit dem Reichsminister Oeser die Auflösung eingehend besprochen und seine volle Mitverantwortung gefunden. Um einen offenen Bürgerkrieg zu verhüten, sei es seine Pflicht gewesen, einzugreifen. Zwischen national und nationalistisch sei ein Trennungsstrich zu ziehen. Durch nationalistische Spielereien werde die Abwehrfront geschwächt. Selbstschutzorganisationen jeglicher Art hält der Minister für ein Moment der Beunruhigung. Die Schutzpolizei habe sich hervorragend gehalten und werde dies auch tun, wenn politische Insurgentenbanden die Hände im Spiel gefährden.

Abg. Dr. Leidig (Wirtschaftsp.) stimmt den Ausschußentschließungen zur Polizeiverwaltung und über Neuordnung des Disziplinarverfahrens zu. Annehmbar sei dagegen nicht, daß der Berliner Polizeipräsident eine Konsultierung über der Regierungspräsidenten erhalte. Auch sei es unmöglich, jetzt noch gegen Beamte einzuschreiten, welche sich anläßlich der mitteldeutschen Unruhen Verfehlungen zu Schulden kommen ließen. Im Hinblick auf die schwere Finanznot der Gemeinden fordert der Redner ein Notgesetz. Bei der Personalpolitik könne es nur darauf ankommen, ob der politische Beamte mit den Richtlinien der Regierungspolitik übereinstimmt oder nicht. Er sei nicht der Auffassung, daß ein parteipolitisches System Severing bestehe, es handle sich um Einzelfälle. Jede Seite des Polizeipräsidenten Runge in Halle müsse eine scharfe Untersuchung erfolgen. Das Vorgehen des Ministers gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei gebe zu Bedenken Anlaß. Man hätte auch mit dem Reichsministerium ins Benehmen treten müssen; denn die Stellung des preußischen Innenministers wird stärker gewesen. Das Vorhandensein einer gewissen Nervosität in vaterländischen Kreisen sei begreiflich. Hier müsse der Minister Vorsicht und kühle Ueberlegung walten lassen. Das deutschnationale Mißtrauensvotum sei höchst unzeitig. Die eherne Mauer des passiven Widerstandes dürfe an keiner Stelle durchlöchert werden. Der Redner fordert einen einheitlichen Koalitionsgesetz und eine einheitliche Koalitionsaussicht.

Abg. Bartels-Hannover (Dem.) bezeichnet gleichfalls Koalitionspolitik als wichtigstes Erfordernis. Die inneren Streitigkeiten müßten heute zurücktreten. Es sei doch bezeichnend, wenn die nationalistische „Aktion Frankreich" einen einheitlichen demokratischen deutschen Staat als eine große Gefahr darstelle. Ueber Demütigung deutschnationaler Beamten könne man sich nicht beschweren, republikanische Beamte hätten häufig ganz anders zu leiden. Die Gesetze müssen auch dem Sinne nach angewandt werden. Heißer Dank gebühre dem Beamtentum an der Ruhr. Hier zeige sich wahre nationale Gesinnung. Der Redner fordert ein einheitliches Beamtenrecht und ein klares Disziplinarrecht.

Morgen 12 Uhr: Fortsetzung der Beratung.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortliche Leiter: Für den politischen Teil: Ernenst Emil Steinborn, Schöneberg; Wirtschaft Dr. Richard Jüttner, Berlin; für Kunst, Wissenschaft und Lokales Georg Köppen, Berlin-Friedenau.